

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“



Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

für teleph. erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr. Rabatt nach Tarif, der jedoch bei gerichtl. Eintreib. od. Konturufen hinfällig wird. Erfüllungsort Altensteig. Gerichtsstand Nagold. Bei Richterscheitern der Zeitung infolge höh. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Anzeigenpreis: Die einpaltige Zeile oder deren Raum 15 Pfg., die Restzeile 45 Pfg. Erscheint wöchentl. 6 mal / Bezugspreis: Monatl. 1.50 Mk., die Einzelnummer kostet 10 Pfg. Die Richterscheitern der Zeitung infolge höh. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung / Postfach-Konto Stuttgart 5780 / Telegr.-Adr.: „Tannenblatt“ / Telef. 11.

Nummer 241

Altensteig, Donnerstag den 15. Oktober 1931

54. Jahrgang

Die Generalausssprache zur Kanzlerrede

Reichspräsident Ebert eröffnet die heutige Reichstagsung am 12. Okt. Auf der Tagesordnung steht die Besprechung der Regierungserklärung. Die Deutschnationalen und Nationalsozialisten sind nicht im Saal, weil der erste Redner ein Sozialdemokrat ist.

Hr. Dr. Breitshied (S.)

Der sozialdem. Redner führte in einem Rückblick auf die Entwicklung der Zollunionstrage aus, es habe sich hierbei wieder gezeigt, daß es nicht allein darauf ankommt, das Recht auf seiner Seite zu haben, sondern auch darauf, die psychologische Wirkung der Vertretung dieses Rechtes zu beachten. Die Verantwortung in dieser Frage habe aber immer das Gesamtkabinett getragen. Bei der Zahlungsmittelkrise hat sich gezeigt, wie notwendig es ist, daß das Ausland in die innerdeutsche Entwicklungsstrategie eintritt. Die Ereignisse der letzten Monate im In- und Ausland bilden den klaren Beweis für das Versagen der Führung des sozialwirtschaftlichen Systems. Das System, mit Notverordnungen zu regieren, entspricht an sich nicht unseren Wünschen. Wir sind für das parlamentarische Regime, aber die Voraussetzung dafür ist, daß das Parlament sich selber behält. (Sehr laut!) Wir haben aber leider rechts und links große Parteien, die grundsätzliche Gegner dieses Regimes sind und das Parlament nur betrachten als einen Mechanismus zum Sturz der Regierung. (Sehr wahr!) Es ist die politische Not, die zu den Notverordnungen führt. (Lebhafte Zustimmung.) Wir haben nicht nur Bedenken gegen das System der Notverordnungen, sondern auch gegen ihren Inhalt. Wir fordern die Senkung der Löhne und Gehälter, während wir bei den Maßnahmen zur Preisfestsetzung nur Halbmheiten und Schwachheiten sehen. Gegen die Allmacht der Kartellmonopolen wird wenig getan. Auch immer werden von der Bergindustrie 50 Prozent von jeder Tonne Kohle für politische Zwecke der Reichsparteien verwandt. Wenn wir das Kabinett Brüning toleriert haben, so haben wir es getan, weil wir in erster Linie die Staatsform, in der wir leben, schützen wollen gegen die Angriffe der Faschisten und der Diktator. Wir haben vorher gewußt, daß die Loserregungspolitik unsere agitatorische Wirksamkeit schädigen, daß sie zu Abbröckelungen von unserer Partei führen werde. Wir haben dennoch die Regierung toleriert, weil es uns nicht geht um Augenblicke-Propaganda-Erfolge, sondern um die Zukunft der gesamten deutschen Nation. (Lebhafte Zustimmung.) Der Kampf der nationalen Opposition geht gegen die Sozialpolitik, gegen die Arbeitslosenversicherung, gegen das Tarifrecht und Schlichtungswesen, für weiteren Lohnabbau und für eine neue Inflation. Vor genau einem Jahre beantragte die Nationalsozialisten hier die Entlassung der Bank- und Börsenführer. Heute geben sie Arm in Arm mit jenen vor gegen die Arbeiterklasse. Die Fronten sind jetzt klar abgegrenzt: auf der einen Seite die „nationale Opposition“, auf der anderen Seite die vereinigten Gewerkschaften. Sie ist deutscher die Klassenkampfparole proklamiert worden als von jenen Wirtschaftskräften, denen sich die Nationalsozialisten als Kampftruppen zur Verfügung stellen. Die Kommunisten haben sich durch ihre Katastrophenpolitik als Schlingensiefel der Sozialreaktion gezeigt. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten. — Lärm bei den Kommunisten.) Wenn wir das Mißtrauensvotum gegen das Kabinett Brüning ablehnen, so bedeutet das keine Vertrauenslosmachung für das, was dieses Kabinett politisch tun wird, aber es ist die Verkündung des schärfsten Mißtrauens gegen das, was nach Brüning kommt. Wir sind und bleiben Anhänger der sozialistischen Wirtschaftsform.

Als nächster Redner folgt der

Hr. Dr. Fric (NS.)

Als er das Wort nimmt, kommen die Abgeordneten der Rechten in den Saal, während Reichskanzler Dr. Brüning seinen Platz verläßt. Hr. Fric verweist zunächst auf das Fernbleiben der nationalen Opposition während der Regierungserklärung. Diese Haltung entspreche zweifellos dem Willen der Mehrheit des schaffenden Volks. Der Kanzler, so betont der Redner weiter, scheute sich nicht, nationalsozialistisches Geistesgut in seiner Notverordnungspraxis, z. B. bei Bemessung der Höchstlöhne für Gehälter und Pensionen zu verwenden, gleichgültig aber der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei zu unterstellen, sie könnte unter Umständen diese Maßnahmen sabotieren. Wir werden die Notverordnungen weiter ablehnen, weil wir Regierungen, die sich scheuen, das Volk über die Berechtigung ihrer Maßnahmen zu befragen, nicht für bereit halten, den Artikel 48 für ihre reaktionären Bestrebungen anzuwenden. Die Inflation haben wir stets als ein Verbrechen in der schärfsten Form gebrandmarkt, jedoch es überflüssig ist, zu sagen, daß wir uns niemals eines ähnlichen Verbrechens schuldig machen werden. Ebenso unüberwindlich wie diese Unterstellung ist der Versuch, die Dinge le zu verwickeln, als ob eine von uns getragene Reichspolitik notwendigerweise die Arbeitnehmerschaft in eine geschlossene Abwehrfront hineintreiben müßte. (Lebhafte Zustimmung bei den Nationalsozialisten.) Wir weisen diese Auffassung, die das letzte verweilte Mittel für Behauptung der Herrschaft vollendet

licher Kreise darstellt, als völlig unbeweisbar und als lächerlich zurück. (Lebhafte Beifall bei den NS.) Wir bedauern außerordentlich, daß der Reichskanzler seine Bedenken hatte, sich dieser böswilligen Wiedergabe einer bewußt nationalen Politik zu bedienen. (Zustimmung bei den NS.) Gerade der vom Marxismus betriebene Rechts- und Landesverrat hat unangenehm zur Tributpolitik und zur Bestörung der Wirtschaft und damit auch zur gefährlichsten Erschütterung der Lebensgrundlagen der Arbeiterschaft geführt. (Beifall bei den NS.) Die NSDAP hat stets die verantwortungsbewußte patriotische Mitarbeit der berufständigen Organisationen der Arbeitnehmer und Arbeiter befordert. Diese Grundzüge werden auch in einer kommenden, von uns geführten nationalen Regierung maßgebend sein. (Beifall bei den NS.) Ueber alles steht für uns der Satz „Gemein und vor Eigenem“. Das gleiche Recht auf Lohn seiner Arbeit und seiner Leistungen im Rahmen des Volksgutes führen wir jedem anderen Berufsstande zu. Das Wirtschaftsprogramm des Kanzlers aber wird diesen Grundzügen nicht entsprechen. (Sehr wahr bei den NS.) Weil alles, was bisher im nachsommberischen Deutschland geschehen ist, auf dem Fundament des überlebten Liberalismus und des völkerverhetzenden Marxismus erbaut worden ist. In der Außenpolitik hat sich die völlige Unzuverlässigkeit und Unberechenbarkeit der Arbeit des Kabinetts Brüning gezeigt. In allen lebenswichtigen Fragen mußten Kiewlagen und verheerende Beschlüsse mit in Kauf genommen werden. Es fand sich kein Anzeichen des Willens, die Voraussetzungen für eine andere geordnete und dem Reichsinteresse entsprechende Außenpolitik zu schaffen. Wir fordern Wehrhaftigkeit nicht, um einen Revanchekrieg zu entfesseln, sondern weil sie die Voraussetzung ist für die Gleichberechtigung Deutschlands. Die Politik Frankreichs ist nach wie vor die gefährlichste Gefahr nicht nur für Deutschland, sondern für ganz Europa. Wir sind nichtdeutweniger zu jeder Veränderrung auch mit Frankreich bereit, wenn sie die Gewähr dafür bietet, daß den eben gekennzeichneten Lebensnotwendigkeiten für unser Volk dabei Rechnung getragen wird. (Stürmisches Hört! Hört! bei den Mittelparteiern und Sozialdemokraten.) Die ungeschickte Behandlung wichtiger außenpolitischer Fragen hat nicht nur unser Ansehen im Rat der Völker schwer geschädigt, sondern auch den Frieden gefährdet. (Beifall bei den NS.) Bedringlichste Aufgabe der deutschen Außenpolitik ist die planmäßige Forderung eines Bündnisystems mit den Völkern, die unter dem Verfall der Welt ebenfalls leiden. (Sehr wahr bei den NS.) Wir machen der Regierung Brüning ausdrücklich zum Vorwurf, daß sie, wie alle ihre Vorgänger im Kampfe gegen die Kriegsschuldlinge kühnlich verjagt hat. Wir können ihr deshalb auch auf außenpolitischem Gebiete nicht das mindeste Vertrauen entgegenbringen. In der Zusammenfassung des Reichsworts und Reichsinnenministeriums sehen wir eine verhängnisvolle Belastung der Reichswirtschaft mit innenpolitischen Auseinandersetzungen. Unsere Armeen darf nur für wehrpolitische Fragen in Anspruch genommen werden. Dr. Fric schließt: Wir sprechen dem Kabinett unser Mißtrauen aus und erwidern die Zustimmung aller volksbewußten Mitglieder dieses Hauses. Wir betonen unsern unbedingten Entschluß, nicht zu rufen, bis wir im Bewußtsein unserer Verantwortung und Kraft unseres Rechtes die Führung der Nation zum Wohle seiner wertigsten Bevölkerung in Händen halten. (Stürmisches Beifall bei den NS.) Unsere Regierungserklärung wird kurz sein. Sie wird lauten: Kraft und Wille, Freiheit, Arbeit und Brot! Langanhaltender stürmischer Beifall bei den Nationalsozialisten, die darauf geschlossen unter Beifall den Saal verlassen.

Die kommunistische Abgeordnete Frau Doerflach erhebt nachträglich einen Ordnungsruf, weil sie dem Abgeordneten Dr. Fric „Arbeitermörderpartei“ ausgerufen hatte.

Hr. Kemmel (A.)

Jetzt als nächster Redner der Regierung Brüning schärft den Kampf an. Diese Regierung sei nur die Vorstufe für die tatsächliche Diktatur Suenderberg-Hiller. Die Brüningregierung habe die Massen des wertigsten Volkes bis aufs Blut ausgepresst, um auf der anderen Seite mit großen Subventionen jene atollen Unternehmungen und Kongresse, deren Direktoren Kleingeldhüter beständen, vor der selbstverständlichen Pleite zu bewahren.

Während der Rede Kemmels hat sich der Saal immer mehr geleert, jedoch schließlich außer den Kommunisten nur noch wenige Abgeordnete anwesend sind. Der Redner wendet sich in seinen weiteren Ausführungen hauptsächlich gegen die Sozialdemokraten, die zu einer Schutztruppe des Kapitalismus geworden seien. Der Redner erhebt einen Ordnungsruf, weil er einen sozialdemokratischen Zwischenrufer „Grünhübel“ genannt hat. Die Kommunisten wänden sich auf die Notverordnungsdiktatur des neuen Brüningkabinetts einzuweisen wissen. Wenn sie außerhalb des Gefechtes gestellt werden, würden sie auf das Gefecht pfeifen. Trotz aller Verbote würden die Kommunisten die Sieder von morgen sein.

Dr. Oberhöben (Df.):

Damit kein Irrtum entsteht, wir sind nicht in diesen Reichstag gekommen, um ein parteipolitisches oder parlamentarisches Votum zu halten. Wir sind hierher gekommen, um Abrechnung zu halten und eine Kampfschlacht zu richten an das herrschende System und seine Vertreter. Wenn Dr. Dingeldein in seiner letzten Rede war hätte Anfüße zu besserer Einsicht gezeigt, aber Kritik

an unserem Auszug aus dem Parlament geübt hat, so hat er damit bewiesen, daß er noch sehr wenig Kontakt mit der wirklichen Bewußtseinsentwicklung der deutschen Bevölkerung hat. Was in der Sitzung vor dem Auszug der nationalen Opposition uns auch von der bürgerlichen Mitte angetan wurde, das werden wir an Tausenden und zehntausenden wieder erleben. (Beifall rechts.) Die deutsche Not ist im wesentlichen die Folge einer inausführlichen Krise. Sie ist verschuldet von dem System, das wir bekämpfen. Reichskanzler Dr. Brüning hat den Kampf um die Seele des deutschen Volkes vollständig verloren. Auf der grandiosen Heerfahrt des nationalen Gedankens in Harzburg hat sich gezeigt, daß es in Deutschland Millionen gibt, die bereit sind, für eine Idee und ihre Führer ihr Leben zu lassen. (Beifall rechts.) Uns hat man vorgeworfen, daß man den Reichspräsidenten in die parlamentarische Diskussion gezogen hätte. Ich bin der Meinung, daß es nicht übel bemerkt werden kann, wenn die nationalen Kreise des deutschen Volkes in aller Ehrlichkeit sagen, daß sie mit manchen Handlungen des Herrn Reichspräsidenten nicht einverstanden sein können, beispielsweise mit dem Empfang der französischen Regierungsveteren. Viel weniger ist es zu rechtfertigen, daß seit anderthalb Jahren an der Regierung mit den diesen Notverordnungen der Name und das historische Ansehen des Reichspräsidenten u. Hindenburg gefährdet wird. Mit den Methoden des Herabhandels hat die offizielle Pressefelle der Reichsregierung eine falsche Darstellung über die Unterredung des Reichskanzlers mit mir verbreitet. Es wurde geschrieben, die Unterredung habe gezeigt, daß wir zur verantwortlichen Mitarbeit in der Regierung nicht bereit seien. Tatsächlich hat Dr. Brüning mir nur seine neuen Steuerpläne vorgetragen, aber mich nicht gefragt, ob wir in die Regierung eintreten wollten. Hätte er gefragt, dann hätten wir ihm geantwortet, daß wir dazu bereit seien unter der Bedingung, daß das Steuer vollständig herumschiffen wird und die Regierungspolitik sich klar gegen die Sozialdemokratie richtet. Die nachgewiesenen Fälschermethoden der offiziellen Pressestellen haben offensichtlich den Zweck verfolgt, die höchste Stelle im Reich zu täuschen. (Hört, hört! rechts! Zuruf: Man hat den Reichspräsidenten belogen!) Die irrtümliche Krise ist verschuldet worden durch die übermäßige Vermehrung kurzfristiger ausländischer Kredite nach Deutschland. Der Sozialdemokrat Dr. Hilferding ist vor den Finanzmagazinen auf den Knien seines Herzens herumgerastet (große Beifall!), um solche Anleihen zu kriegen. Dr. Suenderberg hat schon damals vor diesem System gewarnt. Er hat auch die Folgen dieses Systems vollständig richtig vorausgesehen, aber man hat nicht auf ihn gehört. Die Regierung hat nicht die Wirtschaft angefaßt, sondern ihre Grundlagen erschüttert durch eine Steuerpolitik, die in geradezu verbrecherischer Weise die Substanz angreift. Die Arbeitslosigkeit kann sich nicht vermindern, solange wir eine Zwangsverweigerung der Arbeit haben mit dem Schlichtungsversuch, den Schlichtungsstellen und der Unabänderbarkeit der Tarifverträge. (Hört, hört! links.) Die Männer, die wie Quack, Bang und Schacht die schlimmsten Folgen der verfehlten Finanzpolitik rechtzeitig gekennzeichnet haben, sind deswegen maßlos angegriffen worden. Wirtschaftliche Landesverträter nennt man die Leute, die der Wahrheit eine Gasse bauen. (Beifall rechts.) Das französische Regierungsorgan „L'Echo“ hat geschrieben, die deutsche Wirtschaftskrise sei auf die wahnwitzige sozialistische Steuerpolitik zurückzuführen. Die Entscheidung über das Kabinett Brüning hängt nicht ab von 6 Stimmen im Reichstag, sondern die Entscheidung fällt, wenn die Wirtschaft nicht mehr in der Lage ist, der Regierung die Mittel zur Durchführung der öffentlichen Aufgaben zu liefern.

Der Redner nimmt dann Dr. Schacht in Schutz gegen die Angriffe wegen seiner Harzburger Rede. Dr. Schacht werde von der Linken verfolgt, weil er einen zielbewußt nationalen Standpunkt einnehme und die Mißwirtschaft der sozialistisch regierten Gemeinden bekämpfe. Dr. Schacht habe in Harzburg nicht währungsrechtliche, sondern kreditpolitische Ausführungen gemacht, die keineswegs als Landesverrat bezeichnet werden können. Die Reichsregierung müsse erklären, weshalb sie der Telegrammen-Union verboten habe, den Text der Schachtrede zu verbreiten. Schacht habe nichts anderes gesagt, was vorher im Handbillet der Frankfurter Zeitung erschienen wäre unter Beifügung genauer Quellenangaben. Es sei eine Insinuation, wenn behauptet wird, auf der Harzburger Tagung sei ein Anlauf zur Verhinderung der Inflation gemacht worden. Die Notverordnungen seien sämtlich verfassungsmäßig und müssen aufgehoben werden. Das könne nur derjenige bestreiten, der im Marxismus befangen ist. (Aha, Tschel! DfA.): Erst verweigern Sie die Steuern und dann stellen Sie uns wegen der Folgen an! Wir brauchen nur keine Notverordnungen, wir brauchen dem Volke nur Arbeit und Brot geben. (Unruhe und Rufe: Sie geben doch bloß Worte!) Den Parteien, die sich mit uns verbünden wollen, muß ich sagen: Die Zeiten der parlamentarischen Kleinfascherei sind vorbei. Entweder finden sie den Weg, wo sie hingehören, oder sie werden zerfallen. (Lebhafte Rufe links: Hört, hört, Herr Dingeldein! — Weiterleft.) Es gibt jetzt nur noch die Entscheidung: nationalpolitisch oder sozialdemokratisch. (Lebhafte Beifall rechts.) Nach dieser Rede verlassen die Deutschnationalen und Nationalsozialisten wieder den Saal.

Hr. Zoss (S.)

weist den Anspruch der Rechtsopposition zurück, allein als nationalpolitisch zu gelten. In Harzburg sei der Gedanke der Volksgemeinschaft sofort dadurch gestoppt worden, daß man allen politisch andersdenkenden Volksgenossen die nationale Gesinnung abtrotzen wollte. Dabei hätten erst kürzlich bei den Abrüstungs-

erörterungen in Rumänien die deutschen Sozialdemokraten nicht weniger entschieden die Gleichberechtigung für Deutschland verlangt, als es in den deutschnationalen Reden geschieht. Die Nation ist allerdings das Schreckenswort, hinter dem die Gefahr der Volksherrschaft droht. Sie ist die letzte Rettung leichtfertiger Schulden. Die Barzer Koller, die dort munter ihr Viechen pflegen, sind schon in der Mäuser. Wenn von der nationalen Opposition kein Platz herausgegeben wurde, Brüning reagiert, „Hilf mir marschieren!“ So kommt das schon: Bei Diller hat es in den Beinen, bei Brüning im Kopf. (Sehr gut.) Das Manifest von Barzura mühte lauten: „Die nationale Front, einig in ihren Pflichten, einig in ihrem Willen und in ihren Parteigruppen, von dem Willen befeuert, Anordnung und Umsturz zu fördern, und unfähig, auf den Trümmern ein neues Deutschland aufzubauen, hat den alten Deklamationen keine neuen hinzu, sondern begnügt sich damit, sie zu wiederholen.“ (Weiterkeit und Beifall im Zentrum).

Abg. Valters (Nationaldemokratische Reichsvereinsleitung)
tritt den Ausführungen der Abgeordneten Dr. Oberländer und Dr. Friedlhardt entgegen. Es sei eine unabweisliche Beleidigung, wenn die in Barzura vereinigten Gruppen alle anderen Deutschen als minder oder gar nicht national bezeichnen. Schwarz zurückweisen sei auch der Klassenkampf von oben, der sich hinter den antimarkistischen Schlagworten verbirgt. Wer den Versuch machen wollte, ohne oder gar gegen die Arbeitnehmerschaft zu regieren, das Land- und Schlichtungswesen zu zerlegen, der werde die gesamte Arbeitnehmerschaft in einer Einheitsfront gegen sich haben. Von einer Starrheit des deutschen Sozialismus sei keine Rede. Die Fraktionsführer, die davon sprachen, setzten damit nur, daß sie von den wirklichen Verhältnissen keine Ahnung haben.

Reichsfinanzminister Dietrich
bezeichnet es als das Kernproblem, den Arbeitslosen wieder Beschäftigung zu verschaffen. Das werde aber jetzt nicht mit dem Mittel rüdtischer Neubauten möglich sein, sondern es komme darauf an, die Städte aufs Land umzusiedeln. Der Minister tritt dann den zahlenmäßigen Angaben entgegen, mit denen der deutschnationalen Abg. Dr. Oberländer seine Angriffe gegen die Steuerpolitik der Regierung unterstützt hat. Das Aufkommen aus der Einkommensteuer sei auf eine volle Milliarde veranschlagt. Die deutschnationalen Angriffe wegen der Anleihepolitik seien unbegründet, denn die jetzt übernommene Anleihevermehrung komme noch aus der Zeit, in der die Regierung eine deutschnationalen Führung hatte. An den Angaben, die von deutschnationaler Seite über die Höhe der deutschen Schulden gemacht worden sind, ist kein weiteres Wort, aber solche unrichtigen Angaben können sehr schädlich für Deutschland wirken. (Hört, hört!) Es ist nicht wahr, daß die Regierung der Telegrafien-Union die Vertreibung der Barzuraer Schacht-Rede verboten habe. (Rufe der Nationalsozialisten: Diese Rede ist Ihnen sehr unangenehm!) Ja, sie ist mir sehr unangenehm im Interesse des deutschen Volkes. Die Telegrafien-Union hat mit der Pressestelle über die Schacht-Rede die ihr schon vorlag, gesprochen und sie hat die schlimmsten Stellen der Rede gemildert. (Unruhe und Jurats rechts.) Ich kann die scharfen Worte, mit denen ich am Montag die Ausführungen von Dr. Schacht verurteilt habe, heute nur in vollem Umfang aufrecht erhalten. Die Londoner „Times“ schrieb: Die Rede von Dr. Schacht war darauf berechnet, zu zerlegen, was noch an deutschem Kredit übrig geblieben ist.“ (Rechtliches hört, hört bei der Mehrheit.) Sie (nach rechts) können auf die Regierung schimpfen, so viel Sie wollen, aber Sie dürfen nicht Dinge machen, die dem deutschen Volk die Wirtschaft erschweren.

Der Vorn auf der rechten Seite steigert sich so, daß der Minister trotz rechten Stimmenaufwandes kaum durchbringen kann. Er ruft der Rechten zu: Mit Ihrer Politik der Partei bedrohen Sie die Politik des Staates!

Gegen 5.30 Uhr wird die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr vertagt.

Echo der Brüning-Rede in Paris

Berlin, 14. Okt. Brüning's Rede fällt den größten Teil der Seiten aller Pariser Blätter. Noch nie ist die Rede eines deutschen Staatsmannes in solchem Umfang wiedergegeben worden. Sie hat hier den besten Eindruck gemacht. „Journal“, „Globe“, „Le Figaro“ sind sehr wohlwollend. „Echo de Paris“ für die Abwehr der Inflation und der radikalistischen Angriffe nur Lobesworte und lobt nicht mit seiner Anerkennung. Besonders hervorgehoben wird das überraschende Temperament, das Brüning gezeigt hat und das man nicht an ihm gewöhnt ist. Der Berliner Berichterstatter des „Journal“ faßt seinen Eindruck folgendermaßen zusammen: „Ein bescheidener Redner und ein zum Kampf entschlossener Staatsmann, der seine Worte mit bezeichnenden Bewegungen begleitet und ausweilen sogar mit der Faust auf den Tisch schlägt.“

Überall wünscht man ihm Erfolg und hält diesen unter dem Eindruck der Rede für wahrscheinlich. Die Schätzungen der Regierungsmehrheit schwanken zwischen drei und 25 Stimmen. Ohne Frage ist es Brüning gelungen, den unangünstigen Eindruck der Angriffe Schachts gegen die Reichsbank zu verwischen. Die Länge der Rede schadet der Parteiliche keine ausführlichen Besprechungen. Aber um so genauer und rückhaltloser sind die wenigen Sätze, in denen Brüning Anerkennung erlährt. Hindenburgs Brief an Brüning und seine Bereitwilligkeit, an den Beratungen des Wirtschaftsausschusses teilzunehmen, wird in Paris ebenfalls als Beweis dafür angesehen, daß Brüning nach wie vor von Hindenburg gedeckt wird.

Anträge der Sozialdemokratie

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat zur Reichstagsauswahl eine ganze Reihe von Anträgen eingebracht, die Änderungen der letzten Notverordnung vorsehen. Die Sozialdemokratie fordert Revision der bisher erlassenen Notverordnungen und verhängten Zwang zur Beobachtung der hohen Einkommen in der Privatwirtschaft. Der Antrag über die Rüstkostenanteile steht die Revision der Abfindungsverträge und die Sperrung der laufenden Verträge an orientalischen Gerichten sowie die Einführung der Zahlungen von den Pensionärsanträgen verlangt Kürzung sämtlicher Pensionen um 12 000 Mark und Anrechnung jedes sonstigen Einkommens von mehr als 4000 Mark auf die Pension, wobei die Pension um 50 Prozent des überschüssigen Betrages gekürzt werden soll. Alle hohen Gehälter und Pensionen in der Privatwirtschaft über 12 000 Mark sollen um 20 bis 30 Prozent gekürzt werden. Wenn ein Unternehmen diese Kürzung nicht oder nur unvollständig durchführt, soll

der Unterschiedbetrag in Form einer Sondersteuer an das Reich abgeführt werden. Ein Antrag zur Sozialpolitik verlangt, daß die Reichsregierung alle Pläne und Vorarbeiten auf Beseitigung oder Ausblassung des Tarifrechts ablehnt. Die Sozialdemokraten verlangen weiter, daß die Hausinspektoren wieder aufzuheben wird und die Erträge der Hausinspektoren im bisherigen Umfang für den Kleinstwohnungsbau verwendet werden.

Die Enttätigung der Eisenbahnattentate

Ein großer Erfolg der internationalen Kriminalpolizei
Der unermüdlichen Arbeit der Kriminalpolizei dreier Länder ist es gelungen, das scheinbar nicht aufzuhaltende Dunkel der Attentate von Jüterbog, Via Torbago, Neuland und Ansbach zu zerreißen. Noch fehlen die letzten Erkenntnisse, die Aufklärung der Motive der Verbrecher und der Frage, ob eine oder mehrere Personen die Attentate ausgeführt haben. Aber jeder fühlt, daß nach vielen mißlungenen Versuchen die Polizei nunmehr auf der richtigen Fährte ist.

Bemerkung muß die präzise Arbeit der Kriminalisten hervorheben, die aus einer Fülle von Material Wichtiges und Unwichtiges scheideten und keine noch so unscheinbare Spur unbeachtet lassen durften, und die andererseits gezwungen waren, ihre Kräfte nicht zu zerplittern. Eine besondere Tragik liegt darin, daß nach dem ersten Eisenbahnattentat bei Jüterbog erst weitere Anschläge auf die Spur des oder der Verbrecher geführt haben. Leider konnte nicht verhindert werden, daß eine große Zahl von Menschen Opfer der Unholde geworden sind, die um ihrer bisher noch nicht bekannten Ziele willen vor den schwersten Bluttaten nicht zurückschreckten.

Die Vermutung, daß bei dem Anschlag auf den D-Zug Basel-Berlin der Jüterbog Ausländer ihre Hand im Spiel hatten, hat sich bestätigt. Das mühte von Anfang an die Nachforschungen aufs äußerste erschweren; denn es war anzunehmen, daß der oder die Verbrecher Helfer hatten, die ihnen die Möglichkeit gaben, sofort über die Grenze zu verschwinden. Die Aufklärungsarbeit des Jüterbog Eisenbahnattentats hatte im Anfangsstadium überraschende Erfolge gebracht. Man stellte sehr bald fest, wo das Rohr- und Drahtmaterial, das zu dem Attentat benutzt wurde, gekauft worden war, und man bekam auch eine verhältnismäßig detaillierte Beschreibung des Käufers. Damit aber waren die Ergebnisse der Nachforschung wie abgeschnitten. Selbst umfangreiche Veröffentlichungen, wie die Anschuldigung der 100 000-Mark-Prämie halfen keinen Schritt weiter.

Der jetzt verhaftete Ingenieur Matujsha hat sich selbst verdächtig gemacht. Wieder einmal behauptete sich die alte Erfahrung, daß der Täter den Ort des Verbrechens nicht meiden kann. Sollte Matujsha das Verbrechen allein ausgeführt haben, eine Möglichkeit, mit der man allerdings nicht rechnet, so könnte man hinsichtlich des Motivs vermuten, daß pernerische Reigungen durch die Tat befriedigt werden sollten. Matujsha muß genau den Verlauf der Katastrophe von Via Torbago beobachtet haben, und es ist auch anzunehmen, daß er bei Jüterbog das Ergebnis seines Anschlages abgewartet hat.

Die ungarische Kriminalpolizei hat umfangreiche Nachforschungen über alle Personen angestellt, die an der Ungarischen bei Via Torbago anwesend waren. Dies war zunächst einer der wenigen Personenkreise, bei denen man mit den Ermittlungen beginnen konnte. Besteht doch eine der größten Schwierigkeiten der polizeilichen Ermittlungsarbeit darin, überhaupt erst einmal eine Möglichkeit zu finden, wo mit den Untersuchungen begonnen werden kann. Bei den Berichten über die Verhaftung Matujshas nicht ganz genau verfolgt hat, wird erstaunt fragen, wie man auf den Verhafteten kam. Matujsha wurde nach dem Unfallfall in der unmittelbaren Nähe des abgestürzten Zuges gefunden. Er simuliert, wie man heute annimmt, eine Verletzung — tatsächlich hatte er leichte Hautabrisse in der Gegend — und behauptete, in einem der abgestürzten Wagen als Passagier mitgefahren zu sein. Im letzten Augenblick wäre es ihm gelungen, abzuspinnen. Das klang so sehr unwahrscheinlich, besonders da beobachtet worden ist, daß sich Matujsha kurze Zeit nach dem Attentat in der Nähe des Zuges aufhielt, was nicht möglich gewesen wäre, wenn er wirklich aus dem Zug abgesprungen und die Böschung hinabgestürzt wäre. Denn dazu wäre wegen der Höhe der Böschung viel mehr Zeit notwendig gewesen, als Matujsha zur Verfügung gestanden haben kann.

Aber dieses Verdachtsmoment allein konnte nicht genügen, um den mutmaßlichen Täter zu verhaften, vielmehr waren noch umfangreiche Ermittlungen notwendig, um das Beweismaterial gegen Matujsha zusammenzutragen. Man erkennt nun aus dieser Schilderung, wodurch Matujsha überhaupt verdächtig geworden ist.

Alles andere, was seitdem erfolgte, war sorgfältigste Kleinarbeit. Die Polizei, die sehr vorsichtig vorgehen mußte, um Matujsha und seine Helfer, die er vielleicht gehabt hat, glauben zu lassen, daß sie noch völlig unbeobachtet seien. Der Verdacht hat sich rasch verdichtet, als man feststellte, daß Matujsha in der Nähe von Ansbach in Desterreich, wo der Versuch gemacht wurde, den D-Zug durch Schienenbeschädigung zum Entgleisen zu bringen, eine Villa gemietet hatte, in der seine Frau und sein Töchterchen wohnten. Matujsha wurde dauernd beobachtet, so daß ihm die Möglichkeit zu weiteren Anschlüssen ganz genommen war. Das übrige Beweismaterial der Polizei, das schließlich zu seiner Verhaftung führte, vor allem die Auffindung des Ekstrahs, sind bekannt. Mit der Person Matujshas wird man sich noch eingehend befassen müssen. Er war ursprünglich Lehrer, rückte dann im Kriege bei einer Maschinenzweckabteilung ein und wurde bis zum Oberleutnant befördert. Wie weit die Angaben über seine Mittäter stimmen, wird erst eine genaue Prüfung ergeben. Wenn auch noch vieles teils simuliert, teils vermerkt liegt, steht so viel schon außer Frage, daß in Matujsha einer der Haupttäter oder der Täter der Attentate von Jüterbog und Via Torbago gefunden ist.

Lesen Sie unsere Zeitung!

Neues vom Tage

Unterredung des deutschen Botschafters mit Caval
Paris, 14. Okt. Der deutsche Botschafter von Hoeß hatte heute vormittag eine Unterredung mit Ministerpräsident Caval. Es handelte sich um die Wiederaufnahme der direkten Zühlungsnahme des vom Urlaub zurückgekehrten deutschen Botschafters mit dem französischen Ministerpräsidenten, wie auch um eine Besprechung, die angesichts der bevorstehenden Abreise Cavals nach Amerika begründet erscheint. Auch dürfte die Frage der möglichst raschen Bildung des deutsch-französischen Wirtschaftsausschusses erörtert worden sein, damit diese Organisation bald ihre Arbeiten aufnehmen kann.

Katholik droht mit Kreditverweigerung
Berlin, 14. Okt. Die Reichsbank hat ein Rundschreiben an alle Banken und Girobanken erlassen, in dem scharfe Kreditmaßnahmen gegen solche Firmen angedroht werden, die gegen die Devisenvorschriften verstoßen, insbesondere gegen die Bestimmungen, wonach Exportkredite innerhalb von drei Tagen der Reichsbank zum Kauf anzubieten sind. Die Reichsbank behält sich das Recht vor, jeder ihren Kredit in Anspruch nehmenden Firma die Kreditgewährung rundweg zu verweigern, falls sich herausstellen sollte, daß diese Firma die Devisenvorschrift nicht befolgt. Die Reichsbank wird in solchen Fällen den direkten Diskont- und Lombardverkehr verweigern und auch den Ankauf von Wechseln ablehnen, auf denen eine Unterschrift einer solchen Firma, die die Devisenbestimmungen nicht eingehalten hat, vorkommt.

Schwere Ausschreitungen in Siegen
Siegen, 14. Okt. Hier ist es Mittwoch nachmittags zu schweren kommunistischen Ausschreitungen gekommen. Etwa 200 Kommunisten gingen gegen das Rathaus vor. Die Beamten der im Rathaus stationierten Volkswache schritten sofort gegen die Demonstranten ein und griffen, als sie mit Steinwürfen und Schüssen empfangen wurden, selbst zur Schußwaffe. Ansehens wurde niemand getroffen. Die Demonstranten verschwanden in die Seitenstraßen. Altem Anschein nach war der Rathaussturm von langer Hand vorbereitet.

Ein Beschluß der spanischen Nationalversammlung
Madrid, 14. Okt. Am 7.30 Uhr morgens erzielte die historische fünfzehntägige Sitzung der Nationalversammlung, in der die Austreibung der Jesuiten beschlossen wurde. Der neu verabschiedete Artikel 24 wurde mit 178 neuen 30 Stimmen angenommen. Viele Deputierte enthielten sich der Stimme. Der Artikel 24 enthält folgende Bestimmungen: Alle Konfessionen sind gleichgestellt. Jeder Staat noch Gemeinden dürfen Kirche oder kirchliche Vereinigungen unterstützen. Die bisherigen staatlichen Zuwendungen für Kult und Alerus haben bis spätestens zwei Jahren aufzuheben. Aufgehoben werden diejenigen Orden, die außer den drei kanonischen Gelehrten noch ein viertes Gelehrte, und zwar einer Autorität, die nicht die Zeitlinie des Staates ist, das Jesuitenkollekt, haben. Die Güter dieser Orden werden einbezogen und zum Nutzen der Wohltätigkeit und des Unterrichts verwendet.

Aus Stadt und Land

Altenteig, den 15. Oktober 1931.

Auszeichnung. Dem Bezirks-Obstbauverein Ragod wurde bei der großen Landesobstausstellung in Stuttgart unter größter Konkurrenz ein erster Preis, ein Ehrenpreis und eine silberne Medaille zuerkannt.

Die „Gelben“ verfallen. Wer noch gelbe Fünfpfennigstücke hat, der muß sie jetzt abliefern: die Frist zur Einlösung und Umwechslung der außer Kurs gesetzten 50 Renten- und Reichspfennigstücke aus Aluminiumbronze endet mit dem Ablauf des 30. November 1931. Die noch bei den Kassen eingehenden Stücke werden von der Reichsbank bis zum 31. Januar 1932 angenommen.

Abendkonzert. Gestern abend von 8 bis 9 Uhr hielt die Stadtkapelle auf dem Marktplatz ein Abendkonzert ab und erfreute mit dem flöt- und fider durchgeführten Marschweisen eine sehr zahlreiche Zuhörermenge.

Beschränkungen im Postverkehr mit dem Auslande. Die Nachrichtenstelle des Reichspostministeriums teilt mit: Infolge der neuen Bestimmungen über die Devisenbewirtschaftung sind mit sofortiger Wirkung folgende Beschränkungen im Postausweissung, Nachnahme- und Postauftragsverkehr mit dem Auslande erforderlich geworden: Auf Postanweisungen nach dem Auslande dürfen nur gegen Vorweisung eines amtlichen Reisepasses von einem Abnehmer monatlich insgesamt höchstens 200 RM. oder der Gegenwert hiervon eingezahlt werden, sofern nicht ein besonderer Genehmigungsbescheid eines Landesfinanzamts vorgelegt wird. Die Höhe des eingezahlten Betrages wird von dem Annahmbeamten in dem Reisepaß unter Angabe des Tages und Beirückung des Aufgabestempels vermerkt. Nachnahmen (auf Briefsendungen und Paketen) sowie Postaufträge aus dem Auslande nach Deutschland sind nur bis zum Höchstbetrag von 200 RM. oder dem Gegenwert hiervon zulässig. Nachnahmen und Postaufträge aus dem Auslande, deren eingezogene Beträge auf ein Postsparkonto in Deutschland überwiesen werden sollen, bleiben hiervon unberührt. Auf Nachnahmen aus Deutschland nach dem Auslande darf von einem Abnehmer monatlich insgesamt höchstens der Gegenwert von 200 RM. auf ein Postsparkonto im Bestimmungsland der Nachnahmen überwiesen werden, sofern nicht ein besonderer Genehmigungsbescheid eines Landesfinanzamts vorgelegt wird.

Mindestgebühr bei Gerichtskosten. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Durch die dritte Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 6. Oktober 1931 ist der Mindestbetrag einer Gebühr im Bereich des Gerichtskostengesetzes mit Wirkung vom 15. Oktober d. J. an auf 2 RM. erhöht worden. Die Gebühr für das Mahn- oder Güterverfahren beläuft sich demnach künftig bei einem Streitwert bis zu 100 RM. einschließlich auf 2 RM. Dasselbe gilt von der Prozeßgebühr bei einem Streitwert bis zu 50 RM. einschließlich.

Auslegung der Gemeindevahlordnung. Eine kleine Enquete der Abgeordneten Hausmann und Kaim über die Gemeindevahlordnung hat das Innenministerium wie folgt beantwortet: Satz 2 des § 23 Abs. 2 der Gemeindevahlordnung bestimmt, daß die amtlich hergestellten Stimmzettel nur in den Wahlräumen an die Wähler ausgegeben werden. Der Nachdruck liegt hierbei auf dem Wort „ausgegeben“. Der Sinn ist: Wenn die Stimmzettel an die Wähler ausgegeben werden — statt daß sie ihnen zugedacht werden —, dann dürfen sie nur in den Wahlräumen, nicht etwa in Vorräumen oder anderen Orten außerhalb der Wahlräume ausgegeben werden. Die Bestimmung sollte sicherstellen, daß die Wähler den amtlichen Stimmzettel unmittelbar aus der Hand der Behörde, sei es durch Zuwendung oder durch Ausgabe innerhalb der Wahlräume, erhalten, damit Vertauschungen mit anderen Stimmzetteln und sonstige Mißbräuche möglichst ausgeschlossen werden. Der Zuwendung der amtlichen Stimmzettel an die Wähler steht also die Vorschrift des § 23 Abs. 2 Satz 2 der Gemeindevahlordnung nicht entgegen.

Hausfrauenverein. Am Dienstagabend hatte der Hausfrauenverein wie üblich im „Grünen Baum“ seine monatliche Versammlung. Dieselbe war leider nicht so gut besucht, wie angeschlossen war, nachdem besonders durch Infarkt darauf aufmerksam gemacht wurde, daß wichtige Besprechungen vorliegen. Es ist anzunehmen, daß die Hausfrauen bei dem schönen Wetter durch die Herbst- und Gartenarbeiten zu ermüdet waren, um kommen zu können. Umso erwünschter ist es, und darauf soll schon sehr hingewiesen werden, daß die Beteiligung im November eine möglichst zahlreiche ist. Im Verlauf des Abends gab die Vorstandsdame, Frau Bech, einen sehr übersichtlichen und interessanten Bericht über die Landestagung in Stuttgart am 30. September. Es ist sehr dankenswert, daß Frau Bech sich die Mühe nahm diesen Bericht zu geben, um uns, die wir hier so abgelegen wohnen, auf dem Laufenden zu halten. Alsdann erwähnte Frau Bech auch den guten Besuch der Reichstagung in Leipzig, in der sich 700 Hausfrauen eingefunden hatten. Den Höhepunkt des Abends bildete jedoch ein Vortrag über: „Die Verwendung des Papiers im Haushalt“, den Frau Bech vorlas. Derselbe zeigte, wozu eine große Rolle das Papier im Haushalt zu spielen vermag, wenn es richtig ausgenutzt und verwendet wird. In anschaulicher Weise wird durch alle Wohnräume hindurch inklusive Küche und Nebenräume gezeigt, wie mannigfaltig das Papier der Hausfrau dienen kann. Es wird noch kurz die Entstehung des Papiers, seine Bedeutung und Unverderblichkeit für die Menschen sowie der gegenwärtige tiefe Verbrauch erwähnt. Insgesamt war der Vortrag überaus interessant und hat den Hausfrauen viel Neues und Sachdienliches gebracht. Besonders die hübschen Geschenkpackungen fanden viel Anerkennung und es ist sicher, daß infolge dieser Anregung die Hausfrauen bei Schnupfen für die Reste etc. sich in Zukunft weit mehr des Papiers bedienen werden denn bisher. — Es wurde nach einer Anfrage von der Stralankalt für weibliche Gesangene von Gottessel vertlesen, in der darum gebeten wird, daß wer Bedarf in Puppenausstattungen hat, dieselben doch in der dortigen Anstalt anfertigen lassen möge. Es könnte dann beispielsweise die leere Puppe eingedreht werden mit der Angabe der für dieselbe anzufertigenden Wäsche, Kleider oder Bettzeug. — Der ganze Abend war so lebhaft und abwechslungsreich, daß es sich wirklich lohnte, anwesend zu sein.

Bezirksrat Nagold. (Aus der Sitzung vom 13. Oktober): Eine Reihe von Wirtschaftserlaubnisgesuchen für bereits bestehende Gaststätten wurde entprochen. Es handelt sich zum Teil um dingliche Gastwirtschaftsrechte, nämlich „Lamm“ in Hinterbach (Christian Ehrig), „Adler“ dahelbst (Karl Saar), „Ewenz“ in Wildberg (Christian Klingel), „Schwan“ in Oberschwandorf (Georg Walz), „Lilien“ in Sulz (Georg Dengler). — Einer Beschwärde wegen verweigerter Kimmenerklärung hat der Bezirksrat teilweise stattgegeben. — Die Verzinsung für eine Reihe von Darlehensverpflichtungen der Amtsvorstände mußte geändert werden und ist nun im Einklang mit den Gläubigern (unter Festlegung eines bestimmten Abzinsfußes) an den jeweiligen Jinsfuß für Hypothekendarlehen angeknüpft. — Die Schadenersatzpflicht der Gemeinden für Verletzungen rücktstände gegenüber der Oberamtspflege wurde bezüglich des Jinsfußes ebenfalls geändert. Mit Wirkung vom 1. Juli 1931 an werden danach bis auf weiteres Verzugszinsen in der von der Oberamtspflege selbst für ihre Kontoforrentschuld in zahlenden Höhe, höchstens aber 2 Prozent über Reichsbankzinsfuß erhoben. — Die Festsetzung der von der Amtsvorstellung freiwillig in Aussicht gestellten Unterhaltungsbeiträge für die unweiterschädigten Gemeinden Gillingen, Sulz und Wildberg mußte zu weiterer Klärung zurückgestellt werden. — Die Bauarbeiten zur teilweise Neuerrichtung der Nachbarschaftsstraße Waldorf-Bohrdorf sind beendet. Die neue Teilstraße ist am 5. Okt. von zuständiger Seite übernommen worden. Der Bezirksrat merktante sie nun — an Stelle der bisherigen Ortstraße, soweit sie nicht innerhalb Etters liegt — als Nachbarschaftsstraße mit den für die Gemeinde sich daraus ergebenden Rechten und Pflichten. — Die Arbeitszeit der privatnützlich angestellten Straßenwärtin hat ab 1. Oktober 1931 eine Änderung erfahren. — Die teilweise hohe Belastung derjenigen Beiratsgemeinden, auf deren Straßen beanstandrechtlich angestellte und demnach auf Grund der Befehlungsordnung entlohnte Wärter arbeiten, soll nun gegenüber den Gemeinden mit privatrechtlich angestellten Wärtinnen ausgeglichen werden. Erfahns für das Rechnungsjahr 1931 sollen die persönlichen Straßenunterhaltungsarbeiten in der Weise umgelegt werden, daß für jede Straßenwärterstelle ein Jahresaufwand von 1700 Mark an die Oberamtspflege zu erfolgen ist. — Zur Erreichung einer weiteren Ausgabensenkung bei der Amtsvorstellung sollen die Reisekosten (und zwar die Diäten und das Jedernachtgeld) der Amtsvorstellungsbeamten mit Wirkung vom 1. November 1931 ab — neben der vor kurzem durch Landesrecht verfügten zehnprozentigen Kürzung — nochmals um 10 v. H. vermindert werden, also nun auf 80 Prozent des früheren vollen Satzes. Technisch wurde auch die Entschädigung der Mitglieder der Bezirksratenschaubehörde, sowie des Oberamtschreibers für den sog. vorderen Bezirk neu geregelt. Ebenso haben die Bezüge für Bezirksratenschaubehörde, sowie die Kassenscheine der Amtsvorstellungsbeamten eine Kürzung erfahren. Die Mitglieder des Bezirksrats haben aber die Entlohnung auch auf sich selbst angewendet und anerkannt, daß als Tagelohn und als Diäten nur noch 80 Prozent der früheren vollen Höhe bei Schuppen ausbezahlt werden. Dieser Kürzung soll sich auch die Amtsvorstellung für ihre Mitglieder bei der nächsten Tagung annehmen. — Der Bezirksrat stimmte der Einstellung des Kriegsverdächtigten Gottlob Graf aus Nagold als Kassenschaubehörde bei der Oberamtsparafasse zu. — Schließlich wurden noch die für 1931 an Vereine und wohltätige Anstalten zu gewährenden Beiträge der Amtsvorstellung festgelegt. — Das Gesuch der Gemeinde Enzthal um Unterhaltung der Ausbesserung der am 7. August 1931 im Kobnbach verursachten Hochwasserlöcher wird später behandelt.

Freudenstadt, 14. Oktober. (Aus dem Gemeinderat.) Zur Ruheetzung von Stadtbaumeister Gläser. Der Vorsitzende teilt mit, daß das Gesuch des Herrn Stadtbaumeister Gläser um Zuruheetzung wegen körperlicher Dienstunfähigkeit von der Körperschaftsversammlung genehmigt worden sei. Es gelte Abschied zu nehmen von einem Beamten, der in nahezu 25jähriger Tätigkeit in städtischen Diensten ein großes Verdienst an dem beispiellosen Aufschwung unserer Stadt erworben hat. — Zuruheetzung von Hausmeister Gufelberger. Auch Hausmeister Gufelberger scheidet gesundheitshalber vor Erreichung des Höchstalters aus den städtischen Diensten aus. Seit 1902 an der Realschule tätig, hat er unter drei Direktoren gedient und hundert Lehrer und über 2000 Schüler betreut. Er war der ordnende Hausmeister, sparsam, fleißig, ehrlich und seiner Stelle gewachsen. — Beschlüsse der Baukommission. Als Hausmeister für die Realschule wird auf Grund des Artikels 117 der Bürt. Gemeindeordnung Oberwachmeister Schwanz ernannt. Genehmigt wird ferner der Einbau einer Dienstwohnung für den Hausmeister in der Realschule. — Staatsbeitrag. Die Stadtgemeinde erhält für die Unterhaltung der Staatsetzreden einen Staatsbeitrag von 2000 Mark. — Die Verwendung der Betonmischmaschine bei den Dolendbauten wurde in der Baukommission eingehend besprochen. Es wurde angeregt, die Betonmischung von Hand auszuführen, um die Kostensparnisse möglichst lange beschaffen zu können. Da jedoch die Mehrkosten sich auf annähernd 3000 Mark belaufen würden, kam man davon ab, die Verwendung der Betonmischmaschine zu verbieten, auch mit Rücksicht darauf, daß die Jahreszeit zu weit vorgeschritten ist und Frost eintreten könnte. Die 3000 Mark will man für andere Kostensparnisse verwenden. — Der Aufschlußplan beim Boshenloch. Wie der Vorsitzende mitteilt, wurde von der Baukommission, ehe sich die Preise mit der Angelegenheit befaßt hat, beschlossen, das hübsche Bild zu vertarnen dadurch, daß der uneheliche Anblick durch eine größere Anpflanzung reichhaltiger Baumarten verdeckt wird. Vorgelesen sind 300 lanadische Pappeln, für das Unterholz 500 Nichten, 100 Föhren, 150 Buchen und 100 Ahorn. Die Kosten betragen insgesamt 150 Mark. — Beschlüsse der technischen Kommission. Das erneute Gesuch der Firma Kretzer um Erteilung der Konzession für elektrische Installationsarbeiten wird mit 10 gegen 7 Stimmen abgelehnt. — Radiolanlagen wurden verschiedentlich an Kraftstromleitungen angeschlossen. Radio ist jedoch eine Anlage zur Unterhaltung und deshalb an Lichtstromleitungen anzuschließen. Der Beschluß der Kommission, wonach sämtliche unerschwinglichen Radiolanlagen bis spätestens 1. Januar 1932 umzustellen sind, wird vom Gemeinderat gutgeheißen. — Beschlüsse der Wohlfahrtskommission. Winterhilfsmaßnahmen. Der Vorsitzende spricht seine Enttäuschung aus über die Notverordnung, von der man gehofft hatte, daß sie die Wirtschaft wieder aufzubringen werde. Statt dessen brachte sie mehr Steine zum Brot. Die Unterhaltungsarbeiten der Arbeitslosenversicherung wurde herabgesetzt, das bedeutet, daß eine größere Anzahl Arbeiter im Laufe des Winters zur Kategorie der Wohlfahrts-erwerbslosen übertritt, für die nun Vorbehalte getroffen werden muß. Die erste Frage ist: Was soll von der Stadt geschehen, die zweite Frage lautet: Was tut die Bürgerchaft. Einig war man darüber, daß keine Bestände an Naturalien wie Kartoffeln usw. aufgehäuft werden sollen. Denn es besteht ja kein Mangel an Lebensmitteln, sondern nur Mangel an Geld. Jezt schon größere Vorräte von Kartoffeln einzulegen, ist auch wegen der Gefahr des Verderbs und wegen der hohen Jinsen nicht ratsam. Die Kostenshilfe unterscheidet nun zwischen Verheirateten und Ledigen. Für die Ledigen ist vorgesehen, daß sie im Altersheim ein Eintopfgeld erhalten. Zu diesem Zweck gibt die Stadtverwaltung Eßkarten aus. Damit keine Mißbräuche Platz greifen, werden die Hotels ersucht, mitzuteilen, wer von ihnen Essen erhält. Auf Grund der Klage eines Bäckermeisters, daß Wohlfahrtsverwehler nicht mehr das Brot bezahlen können, ist die Ausgabe von Miß-, Brot- und Weismarken vorgesehen, die an die Wohlfahrtsverwehler ausgegeben werden, und zwar erhält jede Person pro Tag ein Pfund Schwarzbrot. Ferner soll eine Geldsammlung für Erwerbslose und Ausgesteuerte veranstaltet und monatliche Unterhaltungen gewährt werden. Des weiteren soll in den unteren Räumen der Schichterschule ein Lager von alten Kleidern, Schuhen und Wäsche angelegt werden. Die Kleider sollen durch Sammlung aufgebracht werden. In jeder Woche soll durch Fräulein Busch ein Ausgabetag veranstaltet werden. Schließlich soll in der Fallschule eine Warmestube für Erwerbslose eingerichtet werden und einmal im Monat soll jeder Erwerbslose eine Karte für ein Wannenbad oder Schwimmbad bekommen. Sämtliche Vorschläge werden vom Gemeinderat gebilligt. Mit dem von einer fremden Firma angebotenen Kolo zu 60 Pfg. pro Jir. soll ein Versuch gemacht werden. — Festsetzung des Termins der Gemeinderatswahlen. Als Wahltag wird vorgeschlagen entweder Samstag, den 6. oder Sonntag, den 6. Dezember. Die Abstimmung soll zugunsten der Samstagwahl aus und findet also am Samstag, den 3. Dezember von vormittags 9 Uhr bis 8 Uhr abends statt. — Aus dem Gemeinderat scheidet aus die Herren Bähler, Finkbeiner, Haug, Dreher, Willen und Jörn, ferner Wegert, Teufel, Würker und Fahrner. Die Auscheidenden können wiedergewählt werden. — Der Vorschlag der Stadtgemeinde ist von der Ministerialverwaltung für Bezirks- und Körperschaftsverwaltung für vorläufiger erklärt worden, mit der Maßgabe, daß für die Dedung des ungedeckten Kollmangels nicht von 77 000 Mark, sondern von 101 000 Mark Sorge getragen werden müsse. Bei der Erhöhung des ungedeckten Kollmangels ist eine höhere Schuldenstilgung um 20 000 Mark angeordnet, was von Seiten der Stadtverwaltung als untragbar bezeichnet wird. Auch mit dem Bescheid, daß auf einen Staatsbeitrag zu den Lehrgelältern und aus dem Ausgleichslosh nicht zu rechnen sei, weil sie selber auch nichts erhalten habe, will man sich nicht zufrieden geben. Denn die Stadt Schramberg bekommt 90 000 Mark, einen Betrag, den die Stadt Freudenstadt heuer nicht aus ihrem ganzen Wald herauswirtschaftet. — Wahl des Stadtbaumeisters. An Stelle des in Ruhestand getretenen Stadtbaumeisters Gläser wird Baumeister Fernhernd mit 14 Stimmen zum Stadtbaumeister gewählt. Auf Grund der Notverordnung tritt für ein Jahr keine Vorellung ein.

Bühlingen, O.A. Rottweil, 14. Oktober. (Kampf gegen Maulwürfe und Wühlmäuse.) Bei der hiesigen Gemeindevahl wurden rund 2000 Maulwürfe und Wühlmäuse abgeleiert. Auch ein großer Hamster war dabei. Für das Stüd wurden fünfzehn Pfennig bezahlt.

Balingen, 13. Okt. (Obst im Leichenwagen.) Ein nicht alltäglicher Fall trug sich auf dem Balingen Wochenmarkt am letzten Samstag zu. Kam da ein Leichenauto von Gessenkirchen, das einen Transport in der Nähe von Balingen auszuführen hatte, auf dem Rückweg über den Markt, die Fenster haben die langen Obstbäume, und als sie die Preise vernahmen, kauften sie kurz entschlossen eine ganze Ladung zusammen und fuhren mit ihrer eigenartigen Rückfracht davon.

Balingen, 14. Oktober. (Auf den Schienen.) Gestern abend zwischen 5 und 6 Uhr ereignete sich auf der Bahnlinie Stuttgart-Weß-Wildpark ein schwerer Unglücksfall. Eine Lehrerin aus Stuttgart legte sich dort auf die Schienen. Der Zug, der die Schwerverletzte überfuhr, der beide Kräfte abgefahren wurden, transportierte sie sofort nach Balingen, wo sie vom hiesigen Sanitätsauto nach Stuttgart ins Marienhospital überführt wurde. Was die Bedauernswerte zu dieser Tat bemogte, ist unbekannt.

Stuttgart, 14. Okt. (25 Jahre Branddirektor.) Branddirektor Hans Müller, der Leiter der Stuttgarter Berufsfeuerwehr, kann am 16. Oktober auf eine 25jährige Tätigkeit im Dienste der Stuttgarter Berufsfeuerwehr zurüdblicken. Er war ursprünglich Pionier-Offizier und hat als solcher an der China-Expedition und teilweise auch am Weltkrieg teilgenommen.

Die Veruntreuungen bei Breuninger. Ueber die Veruntreuungen bei der Firma E. Breuninger & Co., Stuttgart, die mehr als 1400 Personen beschäftigt wird, berichtet die „Stuttgarter Zeitung“, daß die Haupttäterin ein älteres Fräulein ist, die noch einige Kolleginnen, aber keine Direktorinnen oder gehobene Angestellte zur Unehrlichkeit verführte. Ohne raffinierte Mithilfe einer auswärtigen Freundin wäre es nicht leicht möglich gewesen, größere Mengen Waren, die aber lange nicht den erwähnten Wert haben, im Laufe der Jahre aus dem Hause zu schaffen. Die Firma erleidet keine wesentlichen materiellen Verluste. Die Täterinnen sind zur vollen Entschädigung in der Lage und auch dazu bereit.

Reutlingen, 13. Okt. (Kapitalrückzahlung.) Die Ulrich Gminder G.m.b.H. Reutlingen, die vor kurzem die Flachspinnerei Kraus von der Kolb & Schüle H.-G. Reutlingen erworben hat, hat in einer außerordentlichen Gesellschafterversammlung am letzten Samstag beschlossen, von ihrem Stammkapital von 13,2 Millionen RM. einen Teil, nämlich 2,7 Millionen RM., an ihre Gesellschafter zurückzahlen und das Stammkapital herabzusetzen. Ein neues Zeichen der Stärke dieser alten württembergischen Firma in dieser Zeit allgemeinen Verfalls!

Heilbronn, 13. Okt. (Vater und Sohn auf der Wanderschaft.) Vater und Sohn, beide aus Weß, durch den Weltkrieg 1914 voneinander getrennt, fanden sich nach 17 Jahren, beide auf Wanderschaft befindlich, in Heilbronn in der Herberge zur Heimat wieder. Der Sohn erkannte den Vater zuerst. Die Wiedersehensfreude war groß.

Aus Baden
Florenzheim, 13. Oktober. Heute nachmittags 2.30 Uhr wurde an der Kreuzung der Sachsentraße—Christophallee das zweieinhalbjährige Söhnchen des Polizeiwachmeisters Diercktag von einem auswärtigen Personenauto erfasst und überfahren. Das Kind, dem der Schädel eingedrückt wurde, war auf der Stelle tot. Untersuchung ist im Gange, ob ein Verführer des Fahrers vorliegt, ist noch nicht geklärt.

Kleine Nachrichten aus aller Weß

Die Beulenpest in China. In der chinesischen Provinz Szechuan wütet die Beulenpest, der in einem Bezirk bisher 1000 Menschenleben zum Opfer gefallen sind. Aus einem Bezirk in Weß-Szechuan werden 1000 Todesfälle gemeldet.

Brandkatastrophe im Thüringer Wald. Am Dienstag brach in Lehesten (Thüringen) in der Breitenstraße an drei Stellen zu gleicher Zeit Feuer aus, durch das vier Wohnhäuser, vier Scheuern und vier Hintergebäude vernichtet wurden.

Vier Todesopfer durch Flugzeugzusammenstoß. Ueber dem Marineflugplatz von Cuers (Frankreich), bekannt durch die Rotlandung des „Graf Zeppelin“, stießen zwei Marineflugzeuge in einer Höhe von 300 Meter zusammen. Beide Flugzeuge gingen in Trümmer und zerfielen auf dem Boden. Vier Mann der Besatzungen waren sofort tot, ein Mann wurde schwer verletzt. Dem sechsten gelang es, mit dem Fallschirm abzujpringen.

Auch die Leiche des zweiten „Reinhold“-Pfligers geborgen. Nach einer Meldung Berliner Blätter ist jetzt auch die Leiche des Funkmaschinenisten Wagenknecht vom Katapultflugzeug der „Bremen“ geborgen worden. Er wurde, ebenso wie der Pilot Simon, zunächst in dem kanadischen holländischen Parrisborough aufgefunden. Die Särge sollen dann nach Deutschland übergeführt werden.

Aus dem Gerichtsjaal

Die Ulmer Bahnhofräuber vor dem Schwarzenricht

Ulm, 14. Okt. Unter großem Andrang des Publikums begann die Verhandlung gegen die beiden Ulmer Bahnhofräuber um zwar gegen den 1903 in Hamburg geborenen ledigen Hefenarbeiter Karl Schülle und den in Hohenems (Borarlberg) geborenen ledigen Schloßer Friedrich Kollenger. Beide werden des gemeinsamen schweren Raubs und des verübten Totschlags beschuldigt. Am 6. Juli ds. Js. haben sie mit vorgehaltenen Revolvern einen Schalterbeamten auf dem Ulmer Bahnhof mit Erschießen bedroht, wenn er um Hilfe rufe. Die Beute mit 300 Mark nahm der Angeklagte Schülle zu sich. Auf der Flucht hatten sie sich ihrer Revolver bedient, wobei Kollenger sechs 6 und Schülle ein oder auch zwei Schüsse gegen die verfolgenden Polizeibeamten abgefeuert hatten, ohne zu treffen. Ein Polizeibeamter mußte das Leben lassen. Kollenger kam mit 11 und Schülle mit 14 Jahren mit dem Strafgelehr in Konflikt. Schülle hatte bei einer Festnahme wegen eines Diebstahls schon im Jahre 1922 einer Polizeibeamten niedergewallt. Er erhielt dafür 8½ Jahre Zuchthaus, floh aber nach 5½ Jahren und entkam ins Ausland. In Buenos Aires traf er den inzwischen auch ausgewanderten Kollenger. Ihre Wege führten sie in viele Städte des Auslandes. Schließlich konnten sie keine Arbeit mehr finden und fuhren mit Bahn und Schiff, meistens als blinde Passagiere, wieder nach Europa, wo sie unter großen Schwierigkeiten in Genf landeten. Von dort aus ging die Reise über Bremen, Lindau, Friedrichshafen, Ravensburg nach Ulm. In Bremen hatten sie sich Revolver gekauft und geplant, in Friedrichshafen einen Bahnhofsführer zu begeben. Dort seien aber zwei Beamte um den Weg gewesen. Schließlich landeten sie am 6. Juli in Ulm und ver-

Wachten zweimal einen Polizeiarrest im „Kugelhaken“ vor. Dann stanten sie den Raubüberfall auf den Bahnhof und machten schon vom Vormittag ab ihre Beobachtungen. Während Kollenecker noch in der Nacht der Tat mit einem Auto verfolgt, festgenommen werden konnte, entkam Schülke und fuhr über Ulm, Stuttgart, Mannheim nach Köln. Es gelang ihm, sich die Passiers eines gewissen Klein zu beschaffen. Er hatte aber das Unglück, daß dieser Klein auch wegen Raubs vollständig gefasst wurde und so konnte er unter Zuhilfenahme des Fingerabdruckverfahrens schließlich in Köln festgenommen werden. Die beiden Anzeiganten wurden neben 10 Jahren Ehrverlust, Schülke um 8 Jahren Zuchthaus, Kollenecker um 6 Jahren 6 Monaten Zuchthaus verurteilt.

Handel und Verkehr

Wärkte

Viehpreise, Kalen: Ochsen 501, Stiere 220-310, Ferkeln 116 bis 390, Rade 115-341, Kalbweil und Jungvieh 90-450, Kälber 65-82 M. — **Blauenuren:** Kalbweil 220-450, Junarinder 80-170 M. — **Ravensburg:** Antelkinder 120-300, Kalbweil 240-400 M. — **Kiedlingen:** Pferde 400-1000, Fohlen 200-300, Kalbinnen 320-450, Arbeitskühe 200-500, Schlachtkühe 100-200, Ochsen 300-450, Ferkeln 180-250, Jungvieh 70 bis 130 M. — **Schuffenried:** Junarvieh 135-180, Kalbweil 95 Markt.

Schweinepreise, Kalen: Milchschweine 8-20, Käufer 43 M. — **Blauenuren:** Ferkel 16-25 M. — **Kiedlingen:** Milchschweine 10-20, Käufer 20-40 M. — **Oberkornfeld:** Milchschweine 8-14 M. — **Debringen:** Milchschweine 16 bis 18 M. — **Kiedlingen:** Milchschweine 10-17, Mutter-schweine 90-110 M. — **Schuffenried:** Milchschweine 12-17 M. — **Tuttlingen:** Milchschweine 10-21 Markt.

Stuttgarter Großmärkte, Kartoffelmarkt auf dem Leonhardplatz: Zufuhr 400 Zentner, Preis 3.50-4 M. — **Motzkohlmärkte auf dem Wilhelmplatz:** Zufuhr 2500 Zentner, Preis 2.30 bis 2.60 Markt für einen Zentner.

Serrrenberg, 14. Oktober. (Obstmärkte.) Zufuhr waren 20 Ztr. Tafeläpfel, 8 Ztr. Tafelbirnen, 700 Ztr. Mostäpfel, 150 Ztr. Mostbirnen, 5 Ztr. Zwetschgen und 3 Ztr. Quitten. Erlöse wurden für Tafeläpfel 4-8, Tafelbirnen 6-10, Mostäpfel 1.70 bis 2.00, Mostbirnen 1.20-1.50, Zwetschgen 12-14, Quitten 7-8 Markt.

Legte Nachrichten

Der Reichspräsident lehnt Parteiführerempfang ab

Berlin, 15. Oktober. Wie der „Vorwärts“ berichtet, soll der Führer der Volkspartei, Abgeordneter Dingeldey, bei dem Reichspräsidenten um eine Unterredung nachgesucht haben. Der Reichspräsident hat Herrn Dingeldey mitteilen lassen, daß er in der augenblicklichen Situation keinen Parteiführer empfangen könne.

Generaloberst a. D. Hege für Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht

Halle a. S., 15. Oktober. Der Stahlhelm veranlaßte gestern abend eine stark besuchte öffentliche Kundgebung, in der der frühere Chef der Heeresleitung, Generaloberst a. D. Hege sprach. Seine Ausführungen spielten in der Forderung, daß das deutsche Volk seine Wehrfähigkeit wieder erhalten müsse. Er sagte: „Es wäre ein Verbrechen für unser armes Vaterland, den Krieg zu wünschen. Ich raffe nicht mit dem Säbel, aber ich will ihn zur Seite haben, um ihn im Notfall zu gebrauchen. Wir brauchen die allgemeine Wehrpflicht. Das alte Römerwort: Si vis pacem para bellum! sei eine Binsenwahrheit und Deutschland müsse den Mut und die Offenheit finden, das vor der Welt zu verkünden. Man würde vielleicht mehr willige Ohren finden, als man anzunehmen geneigt sei. Die Reichswehr sei, obwohl sie einen Torsio darstelle, ein außerordentlich gutes und zuverlässiges, wenn auch zahlenmäßig völlig unzureichendes Instrument, und sie trage mit Recht heute wieder den Ehrentitel einer Lehrtruppe der Welt.“

Nutmahlisches Wetter für Freitag

Für Freitag ist nur zeitweilig heiteres, aber vorwiegend trockenes Wetter zu erwarten.

Druck und Verlag der B. Rieker'schen Buchdruckerei, Altensteig, für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Paul.

Jetzt wieder

Lanella

GARANTIE-MARGARINE

Glückstüten

R.M. 50.000 IN BAR und 40.000 SACHPREISE

★GRATIS! Holen Sie die Glückstüten bei Ihrem Kaufmann!



PREISVERTEILUNG WEIHNACHTEN

Pfalzgrafenweiler — Tumlingen.

Hochzeits-Einladung.

Zur Feier unserer ehelichen Verbindung erlauben wir uns, Verwandte und Bekannte auf Montag, den 19. Oktober 1931 in unserem Gasthof zum „Schwanen“ in Pfalzgrafenweiler freundlichst einzuladen.

Hermann Breuning
Sohn des † Richard Breuning, Gasthof zum „Schwanen“ und seine Braut

Elise Springmann
Tochter des Andreas Springmann, Gasthaus zum „Ochsen“

Kirchgang 12 Uhr in Pfalzgrafenweiler.

Morgen von 1/2 9 Uhr ab nochmals

billige Trauben das Pfd. 20 $\frac{1}{2}$ bei Bittensabnahme 15 $\frac{1}{2}$

sowie Tomaten, Quitten und Birnen billigst

Frau Red.

Altensteig.

Neues Sauerkraut
Neue Zwiebeln
neuen Knoblauch
neue Kranzfeigen
neue Walnüsse
neue Linsen

sowie sämtliche Früchte und Gewürze zur Kirchweih-Bäckerei nebst vorzüglichem frisch gebrannt. Kaffee

Festtags-Mischung empfiehlt billigst

C. W. Lutz Nachf.

Wörnersberg.

Ich empfehle mich im

Kleider- u. Weißnähen

in u. außer dem Hause.

Anna Klumpp.

Altensteig

Schön möbliertes, helzbares

Zimmer

zu vermieten.

Hans Schmidt.

Altensteig

Sofort oder später zu vermieten

Einfamilienhaus

mit 5 Zimmern, Bad, Verhütung der Wäsche, Küche, Garten und sonstigem Zubehör.

Näheres zu erfragen bei Ruppert.

LUGER

Erstliche Sitze treffen heute ein!

Schellfisch und 33 $\frac{1}{2}$

Rohkran Wb. 50 $\frac{1}{2}$

Fisch-Filet brauerf. Pfund 50 $\frac{1}{2}$

Bäcklinge

Neue Biowar-Heringe Literdose 85 $\frac{1}{2}$

Schlechte Geschäfte, Gehaltsabbau, Sorgen!

Hilf. Bar Geld

durch

Klassenlotterie

Ziehungstag 21. u. 22. Okt. 248 000 Gew. u. 8 Prämien Hauptgewinn Mark

500 000
300 000
200 000

Fast jed. L. Los gewinnt

$\frac{1}{10}$ $\frac{1}{100}$ $\frac{1}{1000}$ $\frac{1}{10000}$ $\frac{1}{100000}$ $\frac{1}{1000000}$ $\frac{1}{10000000}$ $\frac{1}{100000000}$ $\frac{1}{1000000000}$

Perle und Lotte 35 Pfg.

Staatl. Lotteriedirektion

J. Schwolekort

Stuttgart, Marktstr. 6

Postach.-Nr. Stuttgart 8111

Altensteig

Krauthobel mit gebängelten Messern 9.-, 16.-, 18.-, 22.-

Krauthobrer empfiehlt

Karl Henßler senior Eisenhandlung beim neuen Postamt.

Gebrauchtes

Mostfaß

ca. 470 Liter haltend, verkauft.

Maschine zerlegt die Geschäftsstelle des Blattes.

Neue Kalender für 1932

Lahrer Hinkender Bote 60 Pfg.

Evang. Würt. Kalender 50 Pfg.

Der lustige Stuttgarter Bilder-Kalender 50 Pfg.

sind bereits vorrätig in der

W. Rieker'schen Buch- u. Schreibwarenhandlung, Altensteig

Kaufen Sie Schlenker's Hönneraugen-Pulver

Für unsehnbare Dornstörung wird garantiert!

(Achten Sie auf den Namen Schlenker.)

Seit 24 Jahren bestens bewährt.

Zu haben in den Schuhhandlungen Altensteig.

Suche wenig gebrauchte

Büchermühle

Angebote mit Preisangabe an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Färberei u. chem. Reinigungsanstalt Eugen Schaupp, Stuttgart-Berg

empfiehlt sich im Färben und Reinigen : von Herren- und Damengarderoben :

Mäßige Preise : Prompte Bedienung

Annahmestelle in Altensteig bei **Lydia Schaupp, Marktplatz.**

